

## - □□ **Hartz IV: Regelleistungen decken Stromkosten nicht ab**

"[...] Bei den Stromkosten findet eine massive Unterdeckung statt. Die Folge: Hartz IV Bezieher müssen mehr für Energiekosten ausgeben, als in den Regelleistungen vorgesehen sind. Das ergab eine repräsentative Studie der Gemeinnützigen Gesellschaft für Verbraucher und Sozialberatung (GVS). Die Gefahr durch der Verschuldung ist aufgrund der Unterdeckung der Stromkosten besonders hoch, wie der Bund der Energiekunden mahnte. [...]"

Der gesamte Bericht auf [gegen-hartz.de: Hartz IV reicht nicht für Stromkosten](http://gegen-hartz.de: Hartz IV reicht nicht für Stromkosten)

## - □□ **Bundesverfassungsgericht weist Verfassungsbeschwerden zurück**

Das Bundesverfassungsgericht hat am Mittwoch drei Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen, die sich gegen deutsche und europäische Rechtsakte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Griechenland-Hilfe und dem Euro-Rettungsschirm richten. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat entschieden, dass das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz und das Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Euro-Stabilisierungsmechanismus-Gesetz) nicht das Wahlrecht aus Art. 38 Abs. 1 GG verletzen.

Der Deutsche Bundestag habe durch die Verabschiedung dieser Gesetze weder sein Budgetrecht noch die Haushaltsautonomie zukünftiger Bundestage in verfassungsrechtlich unzulässiger Weise beeinträchtigt. Zur Gewährleistung der parlamentarischen Haushaltsautonomie bedürfe es jedoch einer verfassungskonformen Auslegung dieser Regelung dahingehend, dass die Bundesregierung grundsätzlich verpflichtet ist, vor Übernahme von Gewährleistungen jeweils die vorherige Zustimmung des Haushaltsausschusses einzuholen. Da die Bestimmung von Gewährleistungen zugunsten eines Mitgliedsstaates der einvernehmlichen Billigung der Staaten des Euro-Währungsgebiets bedürfe, sei

damit ein bestimmender Einfluss der Bundesregierung gesichert.

**Kommentar:** Das Bundesverfassungsgericht hat sich spätestens mit diesem Urteil selbst abgeschafft und der EU-Diktatur unterworfen. Das Urteil trägt Züge einer Farce. Es erklärt das Euro-Stabilisierungsmechanismus-Gesetz praktisch für verfassungswidrig, ändert dann aber einfach die Auslegungsbedingungen, nach denen es dann als verfassungskonform bewertet werden kann.

Diese Verfassungskonformität besteht in der politischen Praxis schlicht und einfach darin, dass die jeweilige Bundesregierung, sowie der Bundestag bzw. dessen Haushaltsausschuss die Beschlüsse im Rahmen des ESM, also die Übernahme von Gewährleistungen abnicken dürfen. Das freiwillige Abnicken wird also als politisch autonomes Handeln uminterpretiert und verfassungsrechtlich höchstrichterlich verankert.

In der manipulativen Dialektik der Verfassungsrichter (eigentlich: Verfassungsbrecher) klingt dies dann so, als ob das Euro-Stabilisierungsmechanismus-Gesetz verfassungskonform sei, weil eben der Einfluss des Deutschen Bundestages auf den Staatshaushalt gewahrt wäre. Ein anderes Urteil als ein solches war kaum zu erwarten: Sämtliche Verfassungsrichter sind direkt oder indirekt an die konventionellen, bürgerlichen

Parteien, die den gegenwärtigen parlamentarisch-ministerialbürokratischen Obrigkeitsstaat beherrschen, gebunden.

Eine effektive, wirkliche Gewaltenteilung gibt es damit nicht. Der gegenwärtige Zustand des Verfassungsgerichtes mit seinen dem Parteienstaat entstammenden Richtern, die sich der Wirtschafts- und Europapolitik der Exekutive unterwerfen, ist damit

ironischerweise selbst  
verfassungsfeindlich. Die  
Souveränität der Haushaltspolitik  
selbst verkommt ebenfalls zur  
völligen Farce. Die eigentliche,  
rechtliche Hoheit über den  
deutschen Haushalt bekommt  
nun der ESM.

Mehr zum Thema Wahlen sowie richtige und falsche Demokratie (im Sinne eines aufklärerischen Freiheits- und Politikverständnisses):

- ☐ ☐ **Echte Demokratie -  
„Weil Parteien keine Wahl  
sind“**

# - Parteienstaat ist verfassungsfeindlich

"[...] «Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit», heisst es im deutschen Grundgesetz. So gesehen ist die politische Realität Verfassungsbruch, denn

von «Mitwirkung» kann keine Rede sein. Die Parteien haben ein Monopol auf politische Gestaltung. Genauer gesagt: die fünf im Bundestag vertretenen Parteien. Die anderen scheitern regelmässig an der 5-Prozent-Hürde. [...] In der Praxis heisst das: Unabhängige Kandidaten sind chancenlos. Und mehr

noch: Die Bürger haben fast keinen Einfluss darauf, welche Personen aus den Parteien in den Bundestag kommen. Nur der Einzug der prominenten Führungsriege ins Parlament ist für die Wähler kalkulierbar. Darüber hinaus kommt die Zusammensetzung des Hohen Hauses jedoch über die Bürger wie ein

unabwendbarer  
Schicksalsschlag. [...]"

Der gesamte Text auf [Hint](#)  
[er den Schlagzeilen:](#)  
[Demokratie ohne Bürger](#)

# - □ □ Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpom mern

Bei den  
Landtagswahlen in  
Mecklenburg-Vorpomm  
ern stellen erneut die

Nichtwähler die  
inoffiziell stärkste  
„Fraktion“. Die  
Wahlbeteiligung lag bei  
51,4 Prozent und war  
damit im Vergleich zur  
Landtagswahl 2006  
noch einmal um 0,6  
Prozentpunkte gefallen.  
Ungültig waren 3,8  
Prozent der

Wählerstimmen. Unter  
den abgegebenen und  
gültigen  
Wählerstimmen  
erreichte die SPD das  
beste Ergebnis. Die  
sogenannten „Sozialde  
mokraten“  
erhielten 35,7 Prozent  
der Zweitstimmen.

Die CDU verlor und erhielt 23,1 Prozent. Die Linke erhielt 18,4 Prozent. Die Grünen zogen mit 8,4 Prozent neu in den Landtag ein. Auch der NPD gelang mit 6 Prozent der Einzug in den

Landtag. Hochkant  
rausgeflogen ist  
dagegen die FDP, die  
mit 2,7 Prozent  
deutlich an der  
Fünf-Prozent-Hürde  
scheitert und sich bei  
den „sonstigen“  
einreicht. Keine Rolle  
spielen die Piraten, die  
lediglich 1,9 Prozent

der Zweitstimmen  
bekamen. Somit  
dominieren weiterhin  
die konventionellen  
Parteien das  
Abstimmungsverhalten  
der Bevölkerung.

Das Wahlergebnis ist

vorläufig. Nicht  
mitgezählt wurde der  
Wahlkreis 33 auf  
Rügen. Dort findet am  
18. September 2011  
eine Nachwahl statt.  
Das inoffizielle, nicht  
veröffentlichte  
Wahlergebnis, das  
die Nichtwähler und

damit die gesamte  
Bevölkerung  
Mecklenburg-Vorpom  
merns  
mitberücksichtigt,  
sieht folgendermaßen  
aus (absolute Zahlen  
in Klammern) - Nicht  
wähler: 48,6 Prozent  
(660.106), SPD: 17,7

Prozent (239.745),  
CDU: 11,4 Prozent  
(155.084), Linke: 9,1  
Prozent  
(123.502), Grüne: 4,2  
Prozent (56.438),  
NPD: 3 Prozent  
(40.075),  
FDP: 1,4 Prozent (  
18.428), ungültige

Stimmen: 1,9 Prozent  
(26.164).

**Kommentar:**

Der übliche und notwendige Hinweis darf an dieser Stelle nicht fehlen, dass entgegen liberaler, parteienstaatlicher Propaganda und Gehirnwäsche an Wahlen nichts demokratisch ist. Erst

recht nicht bei  
solchen  
Wahlergebnissen, bei  
denen sich knapp die  
Hälfte der  
Wahlberechtigten der  
Stimme enthält, bzw.  
sie buchstäblich  
behält, anstatt sie  
abzugeben und sich

damit selbst zu  
entmündigen und  
einer damit  
scheinlegitimierten  
politischen Obrigkeit  
zu unterwerfen. Eine  
deutliche Mehrheit  
hat damit dem  
liberalen  
Parteienstaat erneut

eine deutliche  
Absage erteilt.

Eine demokratische  
Legitimation der  
sozialdemokratische  
n Verbrecherbande,  
wie auch aller

anderen Parteien  
lässt sich daraus  
also in keiner Weise  
ableiten. Auch nicht,  
wenn man das  
pervertierte  
Demokratie-Verständ  
nis des Liberalismus  
zugrunde legt,  
demgemäß der Wille

von Mehrheiten über  
Minderheiten  
bestimme, und dieser  
Wille sich durch das  
Wählen  
vorgegebener  
Parteien,  
Parteiprogramme,  
Politiker und  
politischer Ideologien

abbilde. Mit einem  
echten, aufgeklärten  
Demokratie- und  
Freiheitsverständnis  
hat dies freilich nichts  
zu tun.

- □ □ **Lesetipp: D**  
**emokratie und**  
**Wahlen**

- □ □ **Lesetipp: S**  
**elbstentmündigun**

# g durch Wahlen

- □ □ Lesetipp: U

ngültiges

Wahlrecht in

Deutschland:

# Staatskrise oder Chance?

- □ □

# Abschaffung der Parteien

"[...] sobald  
Parteien existieren,

gesellt sich zu dem  
eigentlichen Zweck  
von Politik – das  
Streben nach  
Gerechtigkeit und  
dem Guten – noch  
ein zweiter Zweck  
hinzu oder setzt  
sich sogar ganz an

dessen Stelle: das  
Wachstum der  
Partei. [...] Die  
strategischen  
Erwägungen des  
Wohls der Partei  
stehen also dem  
wirklichen Suchen  
nach der Wahrheit

entgegen. Wenn  
aber der Eintritt in  
eine Partei der  
einzige Weg ist,  
wie man „wirksam  
am öffentlichen  
Leben teilnehmen“  
kann (weil zum  
Beispiel alle

einflussreichen  
Positionen nur über  
Parteienkandidatur  
en erreicht werden  
können), ist der  
Widerspruch  
perfekt: Menschen,  
die die Wahrheit  
und die

Gerechtigkeit über  
das  
Parteieninteresse  
stellen, haben  
kaum Chancen,  
Bundeskanzlerin zu  
werden – nicht, weil  
sie nicht gewählt  
werden würden,

sondern weil sie  
gar nicht  
kandidieren  
könnten. [...]"

Der gesamte  
Beitrag auf [antjesc](#)

# hrupp.com: Simone Weils Plädoyer für die Abschaffung der politischen Parteien

- □ □

# Homöopathie boomt

Nach Angaben  
des Deutschen  
Zentralvereins  
homöopathischer  
Ärzte (DZVhÄ)  
verschreiben drei  
von vier  
niedergelassenen

Allgemeinärzten  
und Internisten  
gelegentlich bis  
sehr oft  
homöopathische  
Arzneimittel. Laut  
einer  
Allensbach-Studie

zur Homöopathie  
aus dem Jahre  
2009 sind sie  
auch bei den  
Patienten sehr  
beliebt, so der  
Bundesverband  
der

Arzneimittel-Hersteller e.V. in einer Pressemitteilung. Der Grund dafür liegt darin, dass homöopathische Arzneimittel kaum Nebenwirkungen

haben und bei  
vielen

Beschwerden als  
sehr wirkungsvoll  
gelten.

Gleichzeitig seien  
sie kostengünstig  
und belasteten die

Gemeinschaft der  
Versicherten  
nicht. Sie  
machten lediglich  
0,003 Prozent der  
Gesamtausgaben  
der gesetzlichen  
Krankenkassen

aus.

- □ □

**Kardiologen  
weisen  
AOK-Studie  
zurück**

Aus einer vom  
AOK  
Bundesverband  
in Auftrag  
gegebenen  
Online-Befragung,  
die als Studie  
präsentiert wird,

glaubt man  
ableiten zu  
könnnen, dass  
insbesondere  
Fachärzte von  
ihren 52  
Wochenarbeitsst  
unden zu

wenige für  
Kassenpatienten  
aufwenden.  
Befragt wurden  
insgesamt 322  
Haus- und  
Fachärzte,  
darunter 17

fachärztliche  
Internisten  
(Nephrologen,  
Diabetologen,  
Angiologen und  
Kardiologen).  
Bereits im Juli  
war im Spiegel

zu lesen, dass  
gesetzlich  
Versicherte  
deutlich länger  
auf einen  
Termin beim  
Facharzt warten  
müssten als

Privatpatienten,  
wobei es am  
schwierigsten  
sei, "zu einem  
Kardiologen  
durchzudringen.  
Dort müssen  
Kassenpatienten

im Schnitt rund  
71 Tage warten,  
Privatpatienten  
19."

Dies habe

wiederum eine  
Umfrage der  
AOK  
Rheinland/Ham  
burg ergeben.  
Der  
Bundesverband

Niedergelassen  
er Kardiologen  
(BNK) weist  
dies als  
unrichtige und  
diffamierende  
Unterstellungen

zurück. In  
Wahrheit litten  
die Ärzte  
genauso unter  
der  
unerträglichen  
Situation, so Dr.  
Heribert Brück,

Pressesprecher  
des BNK in  
einer  
Stellungnahme.  
Ärzte arbeiteten  
zum Teil mehr  
als Hälfte ihrer  
Arbeitszeit

unbezahlt, um  
das System  
überhaupt noch  
am Laufen zu  
halten. Alle  
Patienten, die  
nach  
Einschätzung

des Hausarztes  
kurzfristig einen  
Termin  
benötigen,  
würden diesen  
unabhängig von  
ihrem  
Versicherungsst

atus auch  
erhalten.

**Schulmedizin –  
und was gibt**

**es sonst  
noch? Die Fünf  
Biologischen  
Naturgesetze -  
was  
"Krankheit"  
wirklich ist:**

- Neue  
Medizin / Fünf  
Biologische  
Naturgesetze

- Nicolas  
Barro:

Ideologiefreie,  
verantwortungs  
volle  
Anwendung der  
fünf  
biologischen  
Naturgesetze

# - Neue Mediz.in

- □ □

# NATO-Krieg in Libyen

"[...] Die NATO  
setzt  
unterdessen  
ihre  
Bombenangriff  
e auf Libyen  
fort. Während

westliche  
Medien eifrig  
den Eindruck  
verbreiten, der  
»Nationale  
Übergangsrat«  
habe die Lage

in dem  
nordafrikanisch  
en Land  
praktisch  
vollständig  
unter Kontrolle,  
verteidigte

# NATO-General sekretär Anders Fogh Rasmussen der Nachrichtenag entur Reuters

zufolge die  
Fortsetzung  
des Luftkriegs  
[...]. In Caracas  
hat  
Venezuelas  
Präsident

Hugo Chávez  
das Vorgehen  
der  
Militärallianz in  
Libyen erneut  
als »Barbarei«  
verurteilt. [...]

In Afrika und  
Südamerika  
lagerten 40  
Prozent der  
weltweiten  
Erdölreserven,  
»daher das

militärische  
Interesse der  
USA und  
Europas an  
diesem  
Gebiet« , so  
Chávez. [...]”

Der gesamte  
Artikel auf [jung](#)  
[eWelt:](#)  
[Barbarei geht](#)  
[weiter](#)

- **Lesetipp:**

**Krieg:**

**Immer gut**

**für's**

**Geschäft**

- **Lesetipp**

■ **Die**

**Militäroperati**

**on gegen**

**Libyen**



{jcomments  
on}